Unter Physikern stimmt die Chemie

Jubiläumsfeier zur Erinnerung an die Fusion der beiden Fachgesellschaften aus Ost und West Stefan Jorda

m 20. November 1990, ein gutes Jahr nach dem Mauerfall, besiegelten die Physikalische Gesellschaft der DDR (PG-DDR) und die DPG im Magnus-Haus in Berlin feierlich ihren Zusammenschluss. Auf den Tag genau zwanzig Jahre später hatte die DPG aus diesem Anlass zu einer Jubiläumsfeier am gleichen Ort eingeladen, um mit einer Podiumsdiskussion sowie zwei Festvorträgen an diese aufregende Zeit und ihre Auswirkungen auf die gesamte Wissenschaftslandschaft zu erinnern. ^{#)}

In seiner Begrüßung der rund hundert geladenen Gäste, darunter viele Akteure und Zeitzeugen, erinnerte DPG-Präsident Wolfgang Sandner daran, dass die beiden Gesellschaften bereits im März 1990 den Zusammenschluss vereinbarten, der dann schließlich eine "höchst wechselvolle Nachkriegsgeschichte des Miteinander und Nebeneinander, aber bemerkenswerterweise ohne nennenswertes Gegeneinander" besiegelte. Entscheidend für die schnelle Annäherung sei der neu gewählte Vorstand der PG-DDR mit u. a. Gerd Röpke, Gunnar Berg und Roland Zimmermann gewesen, die unverzüglich begonnen hätten, "im



DPG-Präsident Wolfgang Sandner führte durch das Programm der samstäglichen Matinee am 20. November 2010.

positiven Sinne an der Abschaffung ihrer Ämter zu arbeiten", indem sie den Kontakt mit dem DPG-Vorstand, insbesondere Otto Gert Folberth und Theo Mayer-Kuckuk, gesucht haben. Dabei habe auch die "corporate identity" der Physiker untereinander geholfen, unabhängig von politischer und religiöser Zugehörigkeit, die Sandner prägnant zusammenfasste mit: "Unter Physikern stimmt normalerweise die Chemie."

Der überraschende Mauerfall und die anschließenden Umwälzungen haben aber nicht nur viele Lebenswege positiv verändert, sondern auch Verlierer der Wende hervorgebracht, insbesondere Industriephysiker sowie Wissenschaftler der aufgelösten Institute der Akademie der Wissenschaften. Wenn heute generell von ausgezeichneten Berufsaussichten und geringen Arbeitslosenzahlen bei Physikern die Rede ist, dürften diese Schicksale nicht vergessen werden, sagte Wolfgang Sandner: "Ich habe größte Hochachtung davor, wie manche DDR-Kollegen mit dem erzwungen Bruch in der Biografie umgegangen sind und daran so gewachsen sind, dass wir Wessis uns ein Beispiel daran nehmen können."

Diese Verlierer nahmen auch einen großen Raum ein in der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von DPG-Altpräsident Alexander Bradshaw. In der DDR gab es rund 2000 Industriephysiker, die mit dem Niedergang der Industrie auf der Straße standen. "Diese Gruppe spielt bislang in den historischen Betrachtungen so gut wie keine Rolle", sagte der Wissenschaftshistoriker Dieter Hoffmann. Die westdeutsche Industrie habe offenbar darauf gesetzt, die Forschungsabteilungen im Westen bei den Hauptverwaltungen zu lassen, ergänzte Jürgen Schlegel,

#) vgl. "Sehr visionär und kühn", Physik Journal, November 2009, S. 24.



Moderiert von Alexander Bradshaw (Mitte) diskutierten (von links) Gunnar Berg, Dieter Röß, Gerd Röpke, Theo Mayer-Kuckuk, Dieter Hoffmann und Jürgen Schlegel. Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz GWK: "Heute sind die staatlichen Anteile für Forschung und Entwicklung in den Neuen Bundesländern beeindruckend hoch, aber die der Wirtschaft beeindruckend niedrig."

Differenzierter bewerteten die Diskutanten das Wissenschaftlerintegrationsprogramm WIP, das ins Leben gerufen wurde mit der Absicht, Wissenschaftler aus den Akademie-Instituten in die Universitäten zu integrieren. "Das war von vorne herein zum Scheitern verurteilt und ist in großen Teilen schief gegangen", zeigte sich Gunnar Berg von der Universität Halle überzeugt. Die Verantwortlichen seien nämlich von der falschen Voraussetzung ausgegangen, dass an den Universitäten nicht geforscht würde, sondern nur an der Akademie. Stattdessen habe es diese Trennung zwischen Lehre und Forschung nicht gegeben und die Universitäten hätten selbst Personal abbauen müssen. "An manchen Universitäten wie in Halle zieht sich das bis heute hin", sagte Berg. So negativ wollte Jürgen Schlegel das WIP jedoch nicht bewertet wissen. Von den rund 2000 Wissenschaftlern, die durch das Programm gefördert wurden, seien bis Mitte der 90er-Jahre immerhin 90 Prozent in der Forschung geblieben. "Dies ist ein großer Erfolg", urteilte Schlegel, der allerdings auch anerkannte, dass die dauerhafte Integration in die Hochschule problematisch war. Dieter Hoffmann, damals selbst Nutznießer des WIP, erinnerte sich an eine "wunderbare Zeit", in der es nicht an Ressourcen gemangelt habe. "Aber wir hatten keine Perspektive, das war sehr schnell klar und frustrierend", war sein nüchternes Fazit.

Nach der Wiedervereinigung wurden die Akademie-Institute aufgelöst, innerhalb weniger Jahre neue Institute der Max-Planck-Gesellschaft und insbesondere der Leibniz-Gemeinschaft gegründet und die Hochschulen erneuert. Wurden die Chancen damals optimal genutzt? Haben sich daraus grundlegende Änderungen des Wissenschaftssystems ergeben? Die Gesprächsrunde war sich darin



Zwanzig Jahre nach der Vereinigung der beiden Gesellschaften enthüllten die damaligen Präsidenten Gerd Röpke (Mitte) und Theo Mayer-Kuckuk (rechts) im

Magnus-Haus eine Gedenktafel. Gunnar Berg (links) gehörte damals dem Vorstand der Physikalischen Gesellschaft der DDR an.

einig, dass dieser Prozess im Großen und Ganzen sehr gut gelungen ist, trotz einiger unvermeidbarer "Kollateralschäden". "Der Augenblick war günstig, um entschlossen zu handeln, und wir haben davon erfolgreich Gebrauch gemacht", erinnerte sich Theo Mayer-Kuckuk. Jürgen Schlegel betonte in diesem Zusammenhang, dass es ohne die Wiedervereinigung heute keine Leibniz-Gemeinschaft als "starke Säule der außeruniversitären Forschung" gebe. Dieter Röß, damals Industriemanager und heute Vorstandsvorsitzender der WE-Heraeus-Stiftung, vertrat allerdings die Auffassung, dass die Zunahme des Konkurrenzgedankens, die sich zum Beispiel in der Exzellenzinitiative ausdrücke, sowie der stärkere Einfluss der Politik mit der Vorgabe von Zielen das Wissenschaftssystem stärker verändert habe als die Wiedervereinigung.

Ausführlich beschäftigte sich die Diskussion auch mit dem bislang vergleichsweise schlechten Abschneiden der ostdeutschen Universitäten bei der Exzellenzinitiative. Gerd Röpke von der Universität Rostock begründete dies mit dem schwierigen Neuaufbau: "Wir müssen noch viel daran arbeiten, bis die ostdeutschen Universitäten wieder das Ansehen genießen, das früher etwa Leipzig und Dresden hatten", sagte er. Als Gründe wurden auch genannt, dass bis heute das außeruniversitäre Umfeld mit Instituten

und Industriekooperationen fehle. Dieter Röß erinnerte sich in diesem Zusammenhang daran, dass er in der Industrie "schmerzhaft" miterlebt habe, was eine Aufholjagd bedeute, bei der "der Hase immer schon einen Schritt weiter" ist. Wichtig sei es daher, ein eigenes Profil zu finden. Diese Aufgabe ist allerdings auch den westdeutschen Universitäten unterschiedlich gut gelungen, wie Jürgen Schlegel mit Verweis auf das Abschneiden von Universitäten in Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen bemerkte. Man dürfe daher bei dieser Frage nicht nur nach neuen und alten Ländern differenzieren.

An das Rundgespräch schlossen sich zwei Festvorträge an, die sich mit den Auswirkungen der Wiedervereinigung auf das gesamte Wissenschaftssystem befassten.+) Beide Redner, Ingolf Hertel und Hans Joachim Meyer, haben nach der Wende eine herausragende Rolle bei der Umgestaltung dieses Systems gespielt. Im Anschluss an diese Rückblicke kam das Programm wieder auf den eigentlichen Anlass der Feierstunde zurück: Im Foyer des Hörsaales enthüllten Gerd Röpke und Theo Mayer-Kuckuk eine Gedenktafel, die daran erinnern soll, dass die beiden Physikalischen Gesellschaften zu den ersten wissenschaftlichen Gesellschaften gehörten, die parallel zum politischen Einigungsprozess die Vereinigung vollzogen.

+) vgl. die nachfolgenden Beiträge